

## Demokratiebildung in Brandenburg: Das „Jahr der Partizipation“

Torsten Krause

Das Jahr 2014 wurde durch die Regierung des Landes Brandenburg zum „Jahr der Partizipation“ erklärt. Im Zentrum der Bemühungen stand dabei insbesondere die Stärkung der demokratischen Jugendbeteiligung. Dafür hat das zuständige Ministerium gemeinsam mit verschiedenen Partnern vielfältige Maßnahmen zur Beteiligung junger Menschen initiiert sowie bestehende Angebote vernetzt.<sup>1</sup>

Unter Demokratiebildung subsummiert sich laut Fauser jede geeignete Maßnahme, die darauf gerichtet ist den Erhalt und die Belebung unserer Demokratie zu befördern. Angebote in diesem Spektrum kommen dabei nicht ohne erzieherische Aspekte und einer Kompetenzvermittlung, die zum eigenen Handeln anregt und motiviert aus.<sup>2</sup> Eine unverzichtbare Grundlage jedweder Demokratiebildung ist dabei ein gemeinsames Werteverständnis, welches auf dem Fundament der Menschenrechte ruht. Freiheit und Gleichheit, Nichtdiskriminierung und Toleranz sind prinzipielle Bestandteile einer Basis, auf der Demokratie gründet. Absicht der Demokratiebildung ist es dementsprechend pro-demokratische Einstellungen zu befördern. Dies gelingt durch die Vermittlung von Informationen über Demokratie, das Vorleben demokratischer Haltungen sowie der Befähigung zum demokratischen Handeln. Erst die Verknüpfung von Wissen über Akteure, Funktionsweisen und Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens mit der Fähigkeit zur Reflexion ablaufender Prozesse und der aktiven Teilhabe an diesem Geschehen stärkt die demokratische Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens und schützt es vor Versuchen der Überwindung.<sup>3</sup>

Dem Themenjahr vorangegangen war eine Debatte über die Rechte und Möglichkeiten von Kindern<sup>4</sup> sich im Land Brandenburg einzubringen und unser Gemeinwesen mitzugestalten. Motiviert durch die entsprechende Vereinbarung von SPD und LINKE im Koalitionsvertrag<sup>5</sup> brachte die Fraktion der FDP im Sommer 2010 einen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg mit der Zielstellung der Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre für die kommunale Ebene ein.<sup>6</sup> Die Fokussierung auf den kommunalen Bereich begründete sich nach Ansicht der Liberalen durch die stärkere Orientierung der Kommunalpolitik an den Interessen der Kinder und dem Bedürfnis einen Entscheidungsraum zu eröffnen, den „sie [die Kinder] übersehen und unmittelbar erfahren können“.<sup>7</sup> Dass „gerade die kommunale Ebene gut geeignet [ist], die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu fördern“<sup>8</sup> meinten auch die Abgeordneten von SPD und LINKE. Mit ihrer großen Anfrage „Kinder- und Jugendbeteiligung als aktiver Beitrag zur Gestaltung des Landes Brandenburg“ wollten sie jedoch den Beteiligungsbegriff nicht allein auf die Teilnahme an Wahlen verengt sehen und den Fokus der Debatte weiten und die Möglichkeiten von Kindern ihr Lebensumfeld zu gestalten in den Blick nehmen. Wohlwissend, dass eine Vielzahl gesetzlicher Bestimmungen für die Beteiligung von Kindern<sup>9</sup> existiert bestand der Eindruck „dass bislang jedoch noch keine

---

<sup>1</sup> MBS 2013

<sup>2</sup> Fauser 2007

<sup>3</sup> Anlehnung an das dreidimensionale Konzept der Menschenrechtsbildung, u.a. Lohrenscheit/ Rosemann 2003

<sup>4</sup> Im Sinne der Definition der UN-Kinderrechtskonvention sind mit dem Begriff Kinder alle Menschen im Alter von 0-18 Jahren erfasst

<sup>5</sup> Im Koalitionsvertrag von SPD und LINKE vom 5. November 2009 heißt es auf Seite 35 „Die Koalitionspartner prüfen, ob junge Menschen früher mitentscheiden und daher schon mit 16 Jahren an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen.“

<sup>6</sup> Drucksache 5/1880

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Drucksache 5/3499

<sup>9</sup> U.a. UN-KRK, GRC, SGB VIII (KJHG)

strukturelle Nachhaltigkeit im Sinne verlässlicher situations- und personenunabhängiger Partizipationsangebote für Kinder und Jugendliche in Brandenburg<sup>10</sup> entstanden sei. Im Ergebnis brachte die Antwort der Landesregierung die Erkenntnis, dass in Brandenburg bereits eine Vielzahl an positiven Erfahrungen im Zusammenhang mit der Berücksichtigung von Kinderinteressen gemacht worden. Zum damaligen Zeitpunkt gab es 36 Kinder- und Jugendparlamente bzw. -beiräte. In 17 Kommunen des Landes Brandenburg waren Kinder- und Jugendbeauftragte vorhanden. Daneben sind 11 Stadt- und Kreisjugendringe aktiv, die zusammen 183 juristische Mitglieder repräsentieren. Gleichzeitig wurden aber auch Schwachstellen und Handlungsspielräume erkennbar.<sup>11</sup> So wurde u.a. attestiert, „dass es grundsätzlich eine sehr große Variabilität in dem Verständnis des Beteiligungsbegriffs gibt“<sup>12</sup> und empfohlen neben der Begriffsklärung einen Verständigungsprozess zu Qualitätsstandards der Beteiligung zu führen. Darüber hinaus sollte eine „verlässliche und strukturell nachhaltige Verankerung der Beteiligungsrechte“<sup>13</sup> geschaffen werden, da dies notwendig sei, um Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre Wünsche und Vorstellungen artikulieren und auch realisieren zu können. Es fehle eine „systematische Kultur der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, wie dies in Ableitung der ihnen grundgesetzlich zustehenden Rechte“<sup>14</sup> möglich wäre.

Vor diesem Hintergrund und durch den Beschluss des Landtages vom 15. Dezember 2011 die Verfassung des Landes Brandenburg zu ändern und das Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken<sup>15</sup> wurde das Jugendministerium angehalten eine Strategie zur Demokratiebildung zu entwickeln.

Um diese Demokratiebildungsstrategie vorzubereiten wurde zunächst ein Konzept zur „Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen“ erarbeitet. In diesem wurde davon ausgegangen, dass „Kinder und Jugendliche [über] ein großes Lebenswelt-Wissen [verfügen], das als ‚Expertenwissen‘ die Qualität und die Treffgenauigkeit von Planungen steigert.“<sup>16</sup> So war es folgerichtig bei der Erarbeitung des Konzeptes junge Brandenburger\_innen einzubinden und ihre Ansichten zu berücksichtigen. Im Auftrag des Ministeriums führten dementsprechend die Landesstelle für demokratische Jugendbeteiligung in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kinder- und Jugendparlamenten Konsultationen sowie der Landesjugendring Brandenburg e.V. die Ideenwerkstatt „Mitwirkung mit Wirkung“ durch. Deutlich wurde, dass es den Adressaten an Informationen über ihre Rechte und Möglichkeiten hinsichtlich der Beteiligung mangelt. Darüber hinaus beklagten sie ein fehlendes Interesse seitens der Schule an ihren Meinungen und die Schwierigkeit mit Politiker\_innen in Austausch zu treten.<sup>17</sup>

Ausgehend von diesen Hinweisen wurde eine Vielzahl von Formaten und Maßnahmen erprobt. Dafür standen seitens des Landeshaushaltes in den Jahren 2012, 2013 und 2014 je 250.000 Euro zur Verfügung. So wurde u.a. das Onlineangebot [www.machs-ab-16.de](http://www.machs-ab-16.de) von der LAG Multimedia in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring Brandenburg e.V. entwickelt, welches jugendgerechte Informationen zu den Themen Demokratie, Wahlen und Beteiligung zur Verfügung stellt und auf Veranstaltungen und Aktivitäten im Land zu diesen Themen hinweist. In „Werkstätten der Demokratie“ wurde Jugendlichen aus Initiativen, Verbänden oder Jugendeinrichtungen die Möglichkeit geboten sich zu vernetzen und weiter zu qualifizieren. Insgesamt wurden mit diesem Format in rund 100 Veranstaltungen über 1.500 junge Menschen

---

<sup>10</sup> Drucksache 5/3499

<sup>11</sup> Krause 2013

<sup>12</sup> Bauer 2011

<sup>13</sup> Mones 2011

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Land Brandenburg 2011

<sup>16</sup> MBS 2012

<sup>17</sup> Ebd.

erreicht, die sich in den Bildungsstätten des Landes Brandenburg bspw. über ihre Rolle als Schülersprecher\_in, die Rechte von Schülervvertretungen und Strategien zur öffentlichen Meinungsbildung verständigten.<sup>18</sup> Um vorhandene Projekte demokratischer Jugendbeteiligung zu unterstützen wurde gemeinsam mit dem Deutschen Kinderhilfswerk ein Förderfond zur Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen eingerichtet. Mit der finanziellen Unterstützung wurden zudem Angebote und Maßnahmen zur altersgerechten Beteiligung junger Menschen befördert, um diese für demokratische Prozesse und Teilhabe zu aktivieren.<sup>19</sup> Daneben gab es Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte, es wurden entsprechende Unterrichtsmaterialien entwickelt, die „Tage der Demokratie 2013“ durchgeführt und Wahlprozesse in Kooperation mit Juniorwahl und U18 simuliert.<sup>20</sup>

Die Erfahrungen dieser Projekte und Aktivitäten als Grundlage nehmend wurde das „Jahr der Partizipation“ entwickelt. Zunächst stand die Information über die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen sowie die Motivation zur Stimmabgabe bei den Erstwähler\_innen im Zentrum. Unterstützt wurde dies neben der Weiterentwicklung des Onlineangebotes [www.machs-ab-16.de](http://www.machs-ab-16.de) durch ein Demokratie-Mobil, welches im Land unterwegs war und Informationsangebote in Jugendeinrichtungen, Schulen und zu öffentlichen Veranstaltungen transportierte. Mit einem speziell für die Brandenburger Landtagswahl entwickelten Wahl-o-Mat-Angebot konnten sich die Wähler\_innen anhand von 38 Fragestellungen selber im Spektrum der antretenden Parteien und ihrer Programme verorten und so ggf. Entscheidungshilfe für ihr Abstimmungsverhalten bekommen. Bei der Entwicklung dieses Angebotes durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung waren junge Brandenburger\_innen beteiligt und konnten so Einfluss auf Themen und Fragestellungen nehmen, die für sie von Interesse waren. Um den Wahltag dann nicht zu verpassen wurde mit der Plakataktion „Wählen gehen“ landesweit an den 14. September erinnert. Nicht zuletzt konnte man sich im Rahmen der „Wahlwecker-Tour“ per SMS am entscheidenden Sonntag nochmals hinweisen lassen.<sup>21</sup>

Daneben stand die Weiterentwicklung der Beteiligungspraxis an den Schulen im Mittelpunkt. Um diese voranzubringen wurde auf regionaler Ebene ein Coaching für die Mitglieder der Kreisschülerräte installiert. In diesem Fortbildungsprojekt der RAA<sup>22</sup> wurden die Kompetenzen der Schüler\_innen gestärkt und eine Beratung zur Gremienarbeit durchgeführt. Ergänzt wurde dies durch mehrere Vernetzungstreffen, um auch eine stärkere Verzahnung mit der kommunalen Ebene aufzubauen. Daneben wurde in Kooperation mit Kumulus e.V. und dem „Toleranten Brandenburg“ die Juniorwahl an 104 Schulen durchgeführt. Bei dieser Wahlsimulation wurden durch die Kinder selber Wahlvorstände gebildet, Wählerverzeichnisse geführt und Wahlbenachrichtigungen erstellt, um einen authentischen Eindruck von der Organisation einer Wahl zu erhalten. Auf den Stimmzetteln waren die realen Kandidaten vermerkt. Begleitet wurden diese Aktivitäten vom Mobilem Schülerstudio des Vereins für Medienarbeit im Havelland.<sup>23</sup> Im Vorfeld der realen Wahlgänge wurde die bis dahin geltende Sperrfrist für Politiker\_innen an Schulen abgeschafft. Demnach durften in den sechs Wochen vor Wahlterminen weder Abgeordnete noch Kandidierende Schulen oder deren Veranstaltungen besuchen. Dies hatte in der Vergangenheit regelmäßig zu Frustration und Unverständnis bei Schüler\_innen wie Politiker\_innen geführt, wenn schülermoderierte Podien im Rahmen des Politikunterrichts oder der Schülervollversammlung kurzfristig durch das Bildungsministerium untersagt worden sind.<sup>24</sup>

---

<sup>18</sup> LJR 2014

<sup>19</sup> DKHW 2014

<sup>20</sup> MBJS 2012

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg

<sup>23</sup> MBJS 2012

<sup>24</sup> P-ABJS 5/50

Daneben wurden die bereits erwähnten „Werkstätten für Demokratie“ und das Projekt „Peer Leader für Demokratie“ durchgeführt. Ergänzt wurden die vielen Beratungsangebote durch Regionaltagungen zur Jugendbeteiligung, bei denen neben den Kinder und Jugendlichen insbesondere auch Fachkräfte und kommunalpolitisch Verantwortliche involviert waren, um sich gegenseitig zu informieren und ggf. zu weiteren gemeinsamen Schritten zu verständigen. Darüber hinaus konnten sich Interessierte beim Songcontest „Deine Stimme zählt“ kreativ mit Fragen der Beteiligung im Alltag, bei Wahlen und in der Politik auseinandersetzen.<sup>25</sup>

Anhand der Ergebnisse bei den Kommunal- und Landtagswahlen im Land Brandenburg hat sich gezeigt, dass die Erstwähler\_innen sich weder deutlich stärker für extremistische Parteien entscheiden<sup>26</sup>, noch weniger bereit sind an den Wahlgängen teilzunehmen als Erwachsene. Ob dies auf die vielfältigen Aktivitäten im Rahmen des „Jahr der Partizipation“ zurückzuführen ist, lässt sich nicht ohne Weiteres nachweisen. Rückmeldungen der beteiligten Kinder, Sozialarbeiter\_innen und Organisationen fallen jedoch positiv aus und sprechen für eine Fortführung der erfolgreichen Projekte. Ob und wie das Programm zur „Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen“ in Zukunft gefördert wird liegt nun in den Händen der neu- und erstmals auch von 16- und 17-Jährigen gewählten Abgeordneten des Brandenburgischen Landtages.

---

<sup>25</sup> MBS 2013

<sup>26</sup> Infratest dimap 2014

## Quellen

- Bauer, Annett (2011): *Fachgespräch mit Expert\_innen aus der Jugendarbeit*. Landtag Brandenburg. Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Protokoll 5/22. 8. September 2011. S. 24 ff. <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/apr/ABJS/22.pdf>
- DKHW (2014): *Gemeinschaftsfond des Landes Brandenburg und des Deutschen Kinderhilfswerkes*. Förderung der Beteiligung von Kinder und Jugendlichen an Demokratie und Wahlen. <https://www.dkhw-foerderdatenbank.de/laenderfonds/brandenburg-demokratie-und-wahlen.html>
- Drucksache 5/1880. *Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg*. Gesetzentwurf der FDP-Fraktion. Landtag Brandenburg. 25. August 2010. [http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_1800/1880.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_1800/1880.pdf)
- Drucksache 5/3499. *Kinder- und Jugendbeteiligung als aktiver Beitrag zur Gestaltung des Landes Brandenburg*. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 12 der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. Landtag Brandenburg. 4. Juli 2011. [http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_3400/3499.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_3400/3499.pdf)
- Fausser, Peter (2007): *Demokratiepädagogik und politische Bildung. Ein Diskussionsbeitrag*. In: Beutel, Wolfgang/ Fausser, Peter (2007): *Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft*. Politik und Bildung. Bd. 43. Schwalbach/ Ts. S. 16-41
- Infratest dimap (2014): *Jüngste Erstwähler wählen anders. Und auch nicht*. Presserklärung von Infratest dimap zum Landtagswahlverhalten von 16- und 17-Jährigen. Berlin. 18. September 2014. [http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/20140918\\_Infratest\\_dimap\\_16-17Jaehrige.pdf](http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/20140918_Infratest_dimap_16-17Jaehrige.pdf)
- Krause, Torsten (2013): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Brandenburg – unerhört?!* Rede auf dem Fachtag „Kommunale Zukunftssicherung: Jugendbeteiligung – Eine Antwort auf drängende kommunale Zukunftsfragen?“ am 3. Juni 2013 in Potsdam. [http://www.torstenkrause.eu/WP/wp-content/uploads/2013/06/130603\\_Krause\\_Kommunale\\_Zukunftssicherung.pdf](http://www.torstenkrause.eu/WP/wp-content/uploads/2013/06/130603_Krause_Kommunale_Zukunftssicherung.pdf)
- Land Brandenburg (2011): *Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg. Teil I – Gesetze*. 22. Jahrgang. Potsdam. 19. Dezember 2011. Nummer 30. Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg. <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/gvbl/2011/30.pdf>
- Landtag Brandenburg (2014): *Bericht des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport in Bezug auf Veranstaltungen mit Politikern an Schulen im Zeitraum von sechs Wochen vor Wahlen*. Protokoll des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Landtages Brandenburg. P-ABJS 5/50. 50. Sitzung. 13. Februar 2014. <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/apr/ABJS/50.pdf>
- LJR (2014): *Werkstätten für Demokratie*. Einblicke in die politische Bildungsarbeit in Brandenburger Jugendbildungsstätten. Landesjugendring Brandenburg e.V.
- Lohrenscheit, Claudia/ Rosemann, Nils (2003): *Perspektiven entwickeln – Menschenrechtsbildung in Deutschland*. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Bestandsaufnahme und Positionsbestimmung des Deutschen Institutes für Menschenrechte. Berlin.

MBJS (2012): *Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen*. Kurzfassung Rahmenkonzept. Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. 18. Juni 2012

MBJS (2013): *2014 ist „Jahr der Partizipation“ – zur Stärkung der demokratischen Jugendbeteiligung in Brandenburg*. Presseinformation des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. 11. Dezember 2013.

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.350087.de>

Mones, Bernd (2011): *Fachgespräch mit Expert\_innen aus der Jugendarbeit*. Landtag Brandenburg. Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Protokoll 5/22. 8. September 2011. S. 24 ff. <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku//w5/apr/ABJS/22.pdf>